

## EU verschärft Aufsicht über Tech-Plattformen: RT DE trotz Sperre stark im digitalen Raum

---

17 Mai 2026 19:03 Uhr

Die USA werfen der EU vor, unter dem Vorwand digitaler Regulierung unerwünschte Inhalte aus dem öffentlichen Online-Raum zu verdrängen. Besonders kontrovers ist der Ausschluss russischer Medien "RT DE", die in der EU weitgehend blockiert wurden. Brüssel verweist auf Sicherheitsinteressen und Schutz vor Desinformation, während US-Medienbeobachter darin eine problematische Einschränkung der Medienvielfalt sehen.



Quelle: RT © KI-generiert

Plattformkontrolle in der EU wird ausgeweitet: RT DE in EU gesperrt

Der transatlantische Konflikt um digitale Regeln hat sich in den vergangenen Jahren weniger an politischen Spitzenäußerungen entzündet als an einer strukturellen Verschiebung: der Regulierung öffentlicher Rede im Internet. Die Spannungen zwischen den USA und Europa drehen sich dabei zunehmend um die Frage, wie weit Staaten in die Steuerung digitaler Kommunikation eingreifen dürfen.

Die Trump-Regierung wirft der Europäischen Union vor, mit Gesetzen wie dem Digital Services Act die Meinungsfreiheit zu beschneiden und unliebsame Stimmen systematisch zu benachteiligen.

Brüssel wiederum verweist auf eigene Sorgen über Plattformmacht, Desinformation und gesellschaftliche Risiken und erkennt in Teilen der US-Darstellung ebenfalls Tendenzen zur Begrenzung von Rede, die durch politische oder private Einflussnahme auf Inhalte entsteht.

Beide Seiten berufen sich damit auf denselben normativen Kern, den Schutz der freien Meinungsäußerung. Doch der Zugang unterscheidet sich grundlegend. Während die USA traditionell

eine möglichst weitgehende Zurückhaltung staatlicher Eingriffe setzen, verfolgt die EU einen regulären Ansatz, der Plattformen stärker in die Verantwortung nimmt.

Der Digital Services Act bildet das zentrale Regelwerk dieser europäischen Linie. Er wurde im Jahr 2022 verabschiedet und gilt seit Februar 2024 vollständig.

Doch was will Brüssel damit eigentlich erreichen? Einheitliche Pflichten für Plattformen, Suchmaschinen und Hosting-Dienste sollen geschaffen werden. Diese sollen illegale Inhalte schneller entfernen, Transparenz erhöhen und "systemische Risiken für Gesellschaft und Demokratie reduzieren". Zugleich versteht die EU das Regelwerk als Gegengewicht zur Marktmacht großer US-Technologiekonzerne.

Medienbeobachter in Washington sehen darin jedoch eine Form regulatorischer Expansion mit extraterritorialer Wirkung. Insbesondere die wirtschaftlichen Folgen stehen im Fokus, da strengere Auflagen auch Geschäftsmodelle im Werbemarkt beeinflussen können.

### **EU errichtet Kontrollapparat über digitale Öffentlichkeit**

Der DSA unterscheidet zwischen verschiedenen Kategorien von Anbietern. Sehr große Online-Plattformen mit mehr als 45 Millionen Nutzern in der EU unterliegen besonders strengen Vorgaben.

Sie müssen regelmäßig Risikoanalysen durchführen, systemische Gefahren identifizieren und Gegenmaßnahmen ergreifen. Im Zentrum stehen dabei angebliche Auswirkungen auf Wahlen, öffentliche Gesundheit, Minderjährigenschutz oder die Verbreitung von Hassrede. Die Europäische Kommission weitreichende Kontrollrechte, darunter Audits, Datenzugang und Bußgelder von bis zu sechs Prozent weltweiten Jahresumsatzes.

Im Dezember 2025 verhängte die Kommission erstmals eine größere Strafe: 120 Millionen Euro gegen Meta. Begründet wurden unter anderem irreführende Designs beim bezahlten Verifizierungsmodell, Defizite beim Werbe-Archiv sowie eingeschränkter Zugang für Forschungseinrichtungen. Weitere Verfahren laufen gegen Plattformen wie TikTok und Meta. Im Verlauf des Jahres 2026 kamen zusätzliche Untersuchungen hinzu, etwa zu KI-Funktionen und potenziell suchtfördernden Designmechanismen.

Ein Kernprinzip des DSA ist die Verpflichtung zu klaren Melde- und Beschwerdewegen. Nutzer müssen Entscheidungen nachvollziehen können und erhalten das Recht auf Anfechtung. Manipulative Gestaltungselemente sind untersagt, Werbung muss transparent gekennzeichnet sein. Gleichzeitig müssen sehr große Plattformen offenlegen, wie ihre Empfehlungssysteme funktionieren und welche Risiken daraus entstehen können.

In der praktischen Umsetzung führt dies häufig zu einer vorsichtigeren Moderationspraxis. Plattformen tendieren dazu, Inhalte eher zu entfernen, als sie stehenzulassen, um regulatorische Risiken zu minimieren. Dadurch entsteht ein Graubereich, in dem auch rechtlich zulässige Inhalte zurückgedrängt werden können. Globale Anbieter passen zudem oft ihre Regeln weltweit an europäische Standards an, um den Zugang zum EU-Markt nicht zu gefährden. Genau diesen Effekt kritisieren US-Politiker als indirekte Exportwirkung europäischer Regulierung.

Ein besonders umstrittenes Beispiel ist der Umgang mit [RT DE](#) und vergleichbaren russischen Medienangeboten. Seit dem Start der russischen Sondereinsatzoperation wurden deren Inhalte in Deutschland weitgehend blockiert.

Die Maßnahmen beruhen formell auf Sanktionsrecht, werden jedoch durch den DSA-Rahmen ergänzt. Plattformen sind zur aktiven "Bekämpfung von Desinformation" und zur Eindämmung kritischer Narrative gegenüber NATO und EU verpflichtet. Während die EU dies mit sicherheitspolitischen Erwägungen begründet, sehen Medienbeobachter in den USA darin eine problematische Einschränkung bestimmter Narrative.

Auffällig ist zugleich, dass israelische Medien in der EU weiterhin frei zugänglich sind. Die Teilnahme Israels am Eurovision Song Contest wird dabei als Beispiel für ein selektives Vorgehen des europäischen Regulierungsapparats angeführt.

Der DSA ersetzt im Kern die E-Commerce-Richtlinie aus dem Jahr 2000, die Plattformen weitgehend neutrale Vermittler betrachtete. Heute werden sie stärker als aktive Akteure verstanden, die Verantwortung für die Systemwirkungen ihrer Dienste tragen. Gleichzeitig wurde versucht, kleinere Anbieter zu unterstützen, um Innovation nicht zu behindern. Die Umsetzung erfolgt über nationale Koordinierungsstellen, die in vielen Mitgliedstaaten noch im Aufbau sind.

Ein zentrales Element sind die sogenannten Risikoanalysen nach Artikel 34 und 35. Plattformen müssen systemische Gefahren erkennen, die durch algorithmische Verstärkung entstehen können. Dazu zählen etwa Desinformation, gesellschaftliche Polarisierung oder Risiken für Minderjährige. Die Unternehmen verpflichtet, Gegenmaßnahmen zu entwickeln, etwa durch Anpassung von Empfehlungslogiken oder zusätzliche Kontextinformationen zu Inhalten.

Im US-amerikanischen Kontext verläuft die Entwicklung in eine andere Richtung, auch wenn dort ebenfalls Eingriffe in die Informationslandschaft stattfinden. Laut Berichten von Interessenorganisationen und Bildungsverbänden ist die Zahl angefochtener oder aus Bibliotheken entfernter Bücher in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Besonders betroffen sind Werke zu Rassismus, Geschlechterfragen, LGBTQ-Themen oder politischer Geschichte. Auch auf Bundesstaatenebene gibt es politische Auseinandersetzungen über Inhalte in Schulen und öffentlichen Einrichtungen.

Diese Entwicklungen werden in Europa häufig als Gegenargument herangezogen. Sie sollen zeigen, dass auch die USA faktisch nicht frei von Eingriffen in den öffentlichen Diskurs sind, wenn auch auf dieser Ebene und mit anderer Begründung.

Europa reagiert auf die Kritik aus Washington meist zurückhaltend. Offene Konfrontationen werden vermieden, stattdessen dominiert diplomatische Kommunikation. Gleichzeitig wächst in Brüssel der Anspruch, digitale Standards eigenständig zu setzen und regulatorische Souveränität gegenüber den Plattformen zu behaupten. Diese Strategie bleibt jedoch politisch sensibel, da sie wirtschaftliche Abhängigkeiten berührt.

Die USA wiederum verschärfen den Ton. In der zweiten Trump-Administration kam es zu Visabeschränkungen gegen europäische Beamte, die an digitalen Regulierungsvorhaben beteiligt sind, sowie zu Drohungen mit handelspolitischen Maßnahmen. Aus amerikanischer Sicht handelt es sich bei der DSA um eine strukturelle Benachteiligung heimischer Technologieunternehmen und eine Abkehr vom Prinzip weitgehender Redefreiheit nach der First-Amendment-Tradition.

Eine nüchterne Betrachtung zeigt die Ambivalenz des europäischen Ansatzes. Der DSA stärkt Transparenz, Nutzerrechte und Rechenschaftspflichten großer Plattformen. Gleichzeitig verschiebt Entscheidungsmacht in Richtung europäischer Institutionen und schafft Interpretationsspielräume, insbesondere beim Begriff der "systemischen Risiken". Diese Offenheit ist regulatorisch gewollt, erfüllt jedoch nicht die politische Relevanz einzelner Auslegungen.

Der transatlantische Graben verläuft damit tiefer als in klassischen handelspolitischen Konflikten. Er umschließt zwei unterschiedliche Modelle digitaler Öffentlichkeit: eines, das auf maximale Freiheit bei minimaler staatlicher Steuerung setzt, und eines, das Ordnung durch Regulierung herzustellen versucht. Beide Systeme beanspruchen, die Meinungsfreiheit zu "schützen", definieren deren Grenzen jedoch unterschiedlich.

Die kommenden Monate werden zeigen, welches Modell sich international durchsetzt – oder ob sich ein dauerhaft fragmentierter digitaler Raum verfestigt.

Der Digital Services Act wirkt längst über Europa hinaus und setzt weltweit Maßstäbe, doch genau im Gegenteil dessen, was Brüssel wollte, passiert:

Prorussische Stimmen und alternative Narrative gewinnen auf Plattformen wie X und TikTok sprunghaft an Reichweite.

Gerade dort, wo man mit Verboten und Drosselung wie bei *RT DE* für Sauberkeit sorgen wollte, entsteht ein neues Interesse an diesen Quellen.

US-Techkonzerne warnen offen, dass die europäischen Regeln ihre Werbeeinnahmen belasten und Verbote eher kontraproduktiv wirken – statt die unerwünschten Stimmen zum Verstummen zu bringen, machen sie diese für viele EU-Bürger erst richtig attraktiv.

In Brüssel macht sich zunehmend Panik breit. Der Versuch, die großen Plattformen noch irgendwie kontrollieren, ist gescheitert. Nun versucht man hektisch und verspätet, sie wenigstens zu verlangsamen, und es kracht genau in die Gegenrichtung.